



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Griechenland 2020

Folter und andere Misshandlungen

Es wurden auch 2020 wieder Vorfälle von Misshandlungen und exzessiver sowie anderer rechtswidriger Gewaltanwendung durch Sicherheitskräfte gemeldet. Unter den Betroffenen befanden sich Personen, die in Solidarität mit Geflüchteten protestiert hatten. Auch Geflüchtete und Migrant_innen sowie Menschen, die sich auf öffentlichen Plätzen versammelten, als die Behörden damit begannen, die Corona-Beschränkungen zu lockern, zählten zu den Betroffenen.

Im Mai 2020 sprach ein Gericht in Athen dem Journalisten Manolis Kypreos eine Entschädigung zu, da es den griechischen Staat für dessen schwere Verletzung verantwortlich machte. Ein Polizeibeamter hatte im Jahr 2011 eine Blendgranate auf den Journalisten geworfen. Die Behörden entschieden im Oktober 2020, gegen das Urteil Rechtsmittel einzulegen. Die Entscheidung löste Bedenken darüber aus, welche Auswirkungen dies auf das Recht von Manolis Kypreos auf einen wirksamen Rechtsbehelf haben würde.

Ebenfalls im Oktober 2020 begann ein Strafgericht in Athen mit der Verhandlung eines Falles gegen zwei Zivilisten und vier Polizisten, die wegen des Todes des LGBTI-Aktivisten Zak Kostopoulos im September 2018 angeklagt waren.

Exzessive Gewalt und push backs

Die Anzahl der auf dem Land- und Seeweg ankommenden Flüchtlinge ging im Laufe des Jahres stark zurück: 2020 wurden insgesamt 15.669 Ankünfte verzeichnet, im Vergleich zu 74.613 im Jahr 2019.

Im Mai 2020 wurden durch Änderungen der Asyl- und Migrationsgesetze die verfahrensrechtlichen und materiellen Schutzmaßnahmen für Einzelpersonen weiter eingeschränkt. Die Änderungen weiteten die Inhaftierungsmöglichkeiten bei Asyl- und Rückführungsverfahren aus und sahen die Schaffung neuer Einrichtungen vor, die mit einem System des kontrollierten Ein- und Auszugs die offenen Lager ersetzen sollten.

Die Regierung gab an, dass die gesunkenen Ankunftsahlen eine Folge ihrer migrationspolitischen Maßnahmen seien, doch Covid-19 und das härtere Vorgehen bei der

Kontrolle der Grenzen hatten ebenfalls Einfluss auf die Zahlen. In zahlreichen Fällen begleiteten Berichte über **Push-Backs und Gewalt** die schärferen Grenzkontrollen.

Nachdem die Türkei am 27. Februar 2020 angekündigt hatte, Asylsuchende und Migrant_innen nicht mehr an der Einreise in die EU zu hindern, versuchten Zehntausende von Menschen nahe des türkisch-griechischen Grenzflusses Evros die Grenze nach Griechenland zu überqueren. Griechenland reagierte mit der Entsendung von Grenztruppen, die Tränengas, Wasserwerfer und Plastikgeschosse gegen die Personen einsetzten, die den Versuch unternahmen, die Grenze zu überqueren. Menschen vor Ort berichteten über eine Reihe von Übergriffen durch griechische Grenztruppen, darunter exzessive Gewaltanwendung, Schläge, den Einsatz von scharfer Munition, rechtswidrige Festnahmen und systematische Zurückdrängung in die Türkei, was zum Tod von mindestens zwei Männern und dem Verschwinden einer Frau führte. Die griechischen Behörden leugneten wiederholt, derartige Praktiken angewandt zu haben.

Zu den Maßnahmen, die Griechenland zur Bewältigung der Situation an seinen Grenzen ergriff, gehörten die am 2. März 2020 erfolgte Aussetzung der Asylanträge für einen Monat und die willkürliche Festnahme der meisten Geflüchteten und Migrant_innen, die auf dem Seeweg ankamen.

Im selben Monat lobte die EU-Kommission Griechenland als "Schutzschild" Europas und mobilisierte zusätzliche Gelder zur Unterstützung des griechischen Migrationsverfahrens; zusätzliche Mittel wurden auch von der EU-Grenz- und Küstenwache FRONTEX eingesetzt.

NGOs und andere Akteur_innen dokumentierten 2020 zudem zahlreiche mutmaßlich von griechischen Sicherheitsbehörden durchgeführte Push-Back-Vorfälle sowie Praktiken auf See, die Geflüchtete und Migrant_innen in Gefahr brachten.

Nach entsprechenden Vorwürfen nahm FRONTEX 2020 interne Untersuchungen zur eigenen Beteiligung an Pushbacks in der Ägäis auf.

Situation auf den ägäischen Inseln

Trotz der rückläufigen Anzahl ankommender Geflüchteter erreichte die Überbelegung in den fünf von der EU geförderten "Hotspots" auf den ägäischen Inseln im März ihren Höhepunkt. Zu dieser Zeit beherbergte das Flüchtlingslager Moria auf Lesbos, das eine Kapazität von 3.000 Menschen hat, fast 20.000 Personen. Die Lagerbewohner_innen kämpften weiterhin mit unhygienischen Bedingungen, unzureichender medizinischer Versorgung, Sicherheitsmängeln und Gewalt, einschließlich geschlechtsspezifischer Gewalt.

Zwischen dem 8. und 10. September zerstörten aufeinanderfolgende Brände das Flüchtlingslager Moria, sodass die mindestens 12.000 Bewohner_innen tagelang im Freien auf einer von der Polizei abgesperrten Straße schlafen mussten, ohne einen angemessenen Zugang zu Unterkünften, sanitären Einrichtungen und Nahrung zu haben. Bis zum 17. Dezember konnten 553 unbegleitete Minderjährige von Griechenland in andere europäische Länder umgesiedelt werden, 406 davon allein aus Lesbos. Andere Bewohner_innen des Flüchtlingslagers Moria wurden in ein neues provisorisches Zeltlager verlegt, in dem Bedingungen herrschten, die NGOs und das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) kritisierten. Die EU-Kommission bildete eine Taskforce, um die Situation auf Lesbos in Zusammenarbeit mit den griechischen Behörden in den Griff zu bekommen.

Grausame, unmenschliche oder erniedrigende Strafen

In einem am 9. April 2020 veröffentlichten Bericht wies das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe auf systemische Mängel in den griechischen Gefängnissen hin. Am selben Tag starb eine Gefangene im Eleonas-Gefängnis; Mitgefangene berichteten, dass sie keine angemessene medizinische Versorgung erhalten hatte. Gefängnisinsass_innen im ganzen Land teilten der Initiative für Häftlingsrechte mit, dass ihnen keine persönliche Schutzausrüstung gegen Covid-19 zur Verfügung gestellt worden sei.

Amnesty International Report 2020/21. Griechenland.

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/griechenland-2020>